

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G m. b. H.).

NUMMER 172 B

BERLIN • Sonntag, den 24. Juli 1932

. 1. JAHRGANG

Nieder mit dem Faschismus!

SA mordet weiter —

diesmal unter Bevorzugung des „Reichsbanners“.

Am Freitag abend griffen NS das Gewerkschaftshaus in Bunzlau an. Bei der Abwehr wurde der Reichsbannermann Schreiber getötet. Nach einem vorläufigen Polizeibericht gab es außerdem 15 Verletzte.

In Berlin (Blumenstraße) wurden Reichsbannerleute von NS überfallen und drei von ihnen schwer verletzt.

Die Polizei fand bei einem der festgenommenen Nazis zwei geladene Pistolen.

In Charlottenburg versetzte ein noch nicht ermittelter Nazi dem Kommunisten Voß einen Stich in den Rücken.

In Bartenbach (Württemberg) fand zwischen NS und Kommunisten ein Straßengefecht statt. Mehrere Verletzte, unter ihnen auch der NS-Redner der Versammlung, an die sich die Schlägerei anschloß.

Für die Berliner Polizeibeamten ist der Urlaub gesperrt worden.

W—er. Der Reichskommissar Bracht hat am Freitag im Rundfunk eine Rede gehalten, die wir nicht abdruckten brauchen, weil sie nur eins der vielen Zeugnisse des faschistischen Vormarsches ist. Wichtig ist bei seiner Rede vor allem, daß auch er zur „Begründung“ der Verjagung der Preußen-Regierung nichts weiter anzuführen wußte, als daß aus Gründen der Staatsautorität „Persönlichkeiten, die sich objektiver Entschlüsse nicht immer fähig gezeigt haben“, hätten entfernt werden müssen. Solange weder Herr von Papen noch Herr Bracht diese Behauptungen begründen, müssen wir sie als bloße Beschimpfungen betrachten. Beschimpfungen aber müssen als ein Abweichen von der Objektivität betrachtet werden.

Wem zuliebe hat Herr Bracht sich bemüht? „In den Teilen des Landes, in denen das Gefühl, gerecht regiert zu werden, bei überwiegenden Teilen des Volkes nicht mehr besteht...“, mußte schleunigst durchgegriffen werden. Herr Bracht überschlägt sich hier geradezu in staatspolitischen Purzelbäumen. Gegenüber seiner Person und vor allem gegenüber der seines Chefs besteht bei wirklich überwiegenden Teilen des Volkes, nämlich mindestens bei den in die Millionen gehenden Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler, das Gefühl, nicht gerecht regiert zu werden. Das Vorhandensein dieses Gefühls ist unbestreitbar, und Herr Bracht mußte also „energisch durchgreifen“ — und sich selber und die anderen Gegenstände der Abneigung aus dem staatlichen Führerstab zurückziehen.

Das Wahrscheinliche kann selbstverständlich nicht bloß darauf gesehen werden, ob ein Teil des Volkes sich ungerecht behandelt „fühlt“. Jeder soll natürlich die Möglichkeit haben, seine Wünsche vorzubringen, aber nach allen vorgebrachten Wünschen sich richten kann wahrscheinlich eine Regierung niemals. Dazu sind die Wünsche zu verschiedenartig. Trotzdem aber soll die Regierung sich gerecht entscheiden. Die Frage, was gerecht ist, ist eine Frage, die kein unlösbares Problem darstellt. Die Gerechtigkeit verlangt, darüber sind sich aufrichte Menschen einig, daß in der Berücksichtigung der vorhandenen Interessen und Wünsche niemand einem anderen gegenüber ein Vorrecht genießt, daß also unter gleichen Umständen die gleichen Ansprüche auch gleichermaßen befriedigt werden — daß also zum Beispiel,

wenn die Nationalsozialistische Partei ihre Schutzgarden uniformieren darf, dies auch der Rote Frontkämpfer-Bund zugebilligt erhalten müßte, daß Generäle und Fürsten nicht exorbitante Pensionen, und noch dazu für sehr umstrittene Leistungen, erhalten, während Soldaten aus dem Mannschaftsstande für erlittene schwere Kriegsschädigungen, und Arbeitslose und Invaliden- und Altersrentner mit Pfennigen, wenn nicht gar mit bloßen Sympathieerklärungen abgespeist werden. Sie verlangt, daß man nicht Bedürfnissen der Protzigkeit und des Ehrgeizes nachgibt, z. B. Panzerkreuzer und ähnliche Einrichtungen finanziert, solange man für viele Menschen keine anständige Wohnung hat. Und sie verlangt, was den Rundfunkredner Bracht interessieren wird, daß man sich nicht an den Rundfunk stellt und dort schöne Reden über Gerechtigkeit vom Stapel läßt, während einem bekannt sein muß, daß die drittgrößte Partei des Reichstags nicht einmal mitteilen darf im Rundfunk, welche Meinung sie zum Beispiel über Herrn Bracht hat,

der sich seinerseits nicht entblödet, diese Partei, nämlich die kommunistische, zu beschimpfen, indem er, genau wie neulich ein Chef, wenn von Störungen der Staatsgewalt gesprochen wird, nur von den „kommunistischen Terrorgruppen“ spricht — so als ob der Terror von den Kommunisten eingeführt worden sei. Wenn Herr Bracht wirklich nichts erfahren haben will von nationalsozialistischen Terrorgruppen, z. B. den Mörderh Liebknechts, Luxemburgs, Jogisches, Dohrenbachs, Sylts, Erzbergers, Rathenaus (um Herrn Brachts Gedächtnis anzukurbeln, seien nur diese paar hier erwähnt!), davon, daß eigentlich die ganze NSDAP eine einzige Terrorgruppe ist, dann beweist er damit, daß er dies alles wirklich nur nicht wissen will!

Denn natürlich weiß Herr Bracht dies alles ganz genau. Solche Reden kann er überhaupt nur halten angesichts der Ruhe der Arbeiterschaft. Ein Volk, das sich zuruft: Genug! zeigt, daß es wirklich nie gerecht regiert worden ist, es zeigt, daß es zur Duckmäuserei und zur Knechtagesinnung gedrillt wurde, aber nicht zum „Männerstolz vor Königsthronen“, der vor langen Jahren in Deutschland noch anzutreffen war. Heute hat man den Eindruck, daß das deutsche Volk nur aus einem unverantwortlichen Versehen der Schöpfung nicht einen Schwanz mit auf die Welt bekommen hat, mit dem es wedeln könnte.

Der Kampf gegen die Freiheit der Meinungsäußerung. Haftbefehl gegen Reichsbannerführer. / Presse bekommt den Maulkorb.

Der Berliner Militärbefehlshaber hat gegen die Reichsbannerführer Breuer und Major Anker „Schutzhaft“-Befehl erlassen und wird bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen sie erstaten. Grund: Reden, die die beiden an dem vergangenen erregten Mittwoch in einer Berliner Kundgebung der „Eisernen Front“ gehalten haben. (Major Anker ist verreist und war bis Sonnabend mittag noch nicht aufgefunden.)

Die beiden Reichsbannerführer haben so gesprochen, wie man an diesem Tage überall in der Arbeiterschaft dem Sinne nach hätte sprechen und handeln sollen. Hier einige Stellen aus dem Bericht der „Börsenzeitung“, einem der drei Berliner Blätter, das selbst die Gunst der Nazis hat:

„Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Verwirrung bei den Herren Reichskommissaren noch erheblich größer wird, was in dem Augenblick der Fall sein wird, wo wir

unsere außerparlamentarischen Kampfmaßnahmen anordnen, über die wir hier heute noch nicht sprechen wollen.

Aber seid versichert, Genossen, es ist alles bis ins Genaueste vorbereitet und im selben Augenblick, wo die Führung der „Eisernen Front“ auf den Knopf drückt, marschieren die rote Front der Gewerkschaften, Hammerschaften, des Reichsbanners und alle anderen Kampfformationen zum Endsieg. Das Volksgericht kommt, und dann, ihr Herren Papen und Schleicher, wird anders abgerechnet als am 9. November 1918. Wir holen dann alles Versäumte nach.“ (Bauer.)

„Die Mittel und die Taktik dieses Kampfes, über die wir begreiflicherweise hier heute nicht öffentlich sprechen, sind derart, daß selbst die stärkste Militärdiktatur zu Boden gerungen wird. Und

zu diesem Endkampf wird das ganze Proletariat bis zur äußersten Linken aufgerufen werden! Seit dem heutigen Tage ist die Zeit der Legalität vorbei

Die Zahl der Menschen, die sich heute auf die wahre antifaschistische Aktion besinnen, ist sehr klein. Was erfordert diese Aktion heute?

Nachdem die richtige, wuchtige Antwort kurz nach Papens Aktion gegen die Preußenregierung unterblieben ist, ist es jetzt nützlich, die Reichstagswahl nicht nur abzuwarten, sondern auch

mit allen Mitteln dahin zu streben, daß kein Wahlberechtigter, der für eine Wahl antifaschistischer Kandidaten in Betracht kommt, zu Hause bleibt.

Andererseits muß schon jetzt mit allem zur Verfügung stehenden Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine „Reichsbanner“-Parole: „Der 31. Juli muß erweisen, daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt!“ geradezu geronnener Wahnsinn ist. Wir müssen einmütig „These“, die Papier für härter erklärt als einen Schlagring, mit Verachtung den Garaus machen — selbst der Prediger der Nächstenliebe hat sich nicht geschaut, Schädlinge des öffentlichen Lebens in des Wortes wahrster Bedeutung aus dem Tempel zu jagen. Umso weniger brauchen sich die Sozialisten, die nicht die Nächstenliebe, sondern die Gerechtigkeitsliebe leitet, davor zu scheuen. Dazu bedarf es nur der Gemeinsamkeit des Handelns. Diese Forderung ist so einfach, daß jeder, der an ihr noch herumzudeuteln versucht, als Faschist gebrandmarkt zu wer-

den es beginnt die Aera der Illegalität, und in dieser werden wir unseren Kampf für den sozialistischen Staat zum siegreichen Ende führen. Daß hierzu alles vorbereitet ist, dafür bürgte ich mit meinem Kopf.“ (Major Anker.)

Der Bericht ist — wie die Pressestelle des „Reichsbanners“ mitteilt — völlig entstellt. Jedenfalls stimmt mit derartigen Worten auch der folgende entscheidende Satz aus dem neuesten Aufruf des „Reichsbanners“ nicht zusammen:

„Der 31. Juli muß (!) erweisen, daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt.“

Die neuesten Presseschikanen:

Das „8 Uhr Morgenblatt“ (nicht nur das 8 Uhr Abendblatt) ist für vier Tage (bis zum 26. Juli) verboten worden.

Die kommunistische „Arbeiterstimme“ in Dresden wurde bis zum 31. Juli verboten.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ (KP) in Stuttgart wurde bis zum 27. Juli verboten.

Die „Arbeiter-Illustrierte“ vom 10. Juli wurde beschlagnahmt.

Der Berliner Militärbefehlshaber hat alle bereits erteilten Genehmigungen für den Abwurf von Flugblättern zurückgezogen.

In einer Berliner Kundgebung der Eisernen Front (am Freitag abend im „Clou“) brach der Polizeioffizier die Auf-führung eines Theaterstückes ab. Ein Vorkäufer der „Reichsbanner-Zeitung“ wurde verhaftet.

Die Tiroler Landesregierung hat für die Dauer des Sommerreiseverkehrs die Demonstrationen verboten.

den verdient. Ich erinnere hier an die einleuchtenden Worte, die Léon Blum über diesen Fall schreibt, die wir an anderer Stelle abdrucken.

Die Genossen der Arbeiterbewegung dürfen nicht nachlassen, diese Erkenntnis Tag für Tag und Stunde um Stunde ihren Führern und zögernden Kamraden in die Ohren zu schreien.

Alle andere Arbeit gegen den Faschismus, und mag sie im einzelnen so bedeutungsvoll sein wie sie will, ist unwirksam, wenn nicht vorher die Einheit der Arbeiterbewegung in den elementaren Kampfforderungen hergestellt ist. Alles, was unter Ignorierung der Arbeiten an der Einheitsfront geschieht, und mögen es die schönsten Aufrufe und Appelle, Ausarbeitungen von Programmen und sonst etwas sein, mögen es Taufen sein von Teilen der kommunistischen Arbeiterschaft auf den Namen „Rote Front“ oder von Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf den Namen „Eiserne Front“, nichts von allen diesen Bestrebungen dient für sich gesehen in der Konsequenz der antifaschistischen, sondern es dient der faschistischen Aktion. Auch in Italien quatschten die verschiedenen Fronten von der einzigen Richtigkeit gerade ihrer Front, — mit dem Erfolg, daß Mussolini der Weg bereitet wurde. Es ist keine Zeit mehr, die Führer zu belehren; sie müssen vor das Entweder-Oder gestellt werden, und wenn sie nicht parieren, fliegen.

Genfer Abschlußgesten.

Der Abschluß der Aussprache.

S. H. Der Freitag Vormittag brachte den Abschluß der Aussprache über Benesch's Entschleßungsentwurf. Henderson manövrierte wie am Donnerstag: Die von Rußland, China und den kleineren Völkerbundstaaten zahlreich eingebrachten Abänderungsanträge wurden im Eilzugtempo durchgepeitscht und zum großen Teil ohne Abstimmung einfach überrannt. Litwinows Protest gegen diese Geschäftsführung verhallte wirkungslos.

Der „interparlamentarische“ Zwischenfall. Es mag vielen Teilnehmern an diesem Abschlußakt des Konferenztheaters nicht unlieb gewesen sein, als plötzlich die Sitzung durch eine Störung von außen unterbrochen wurde. Aus dem Nebensaal, in dem seit einigen Tagen die interparlamentarische Union ihre Sitzungen abhielt, drang Lärm herüber und zog das ohnehin nicht sehr gefesselte Interesse der Abrüstungsdelegierten auf sich.

In dieser Nachbarsitzung hatte ein italienischer Professor des Privatrechts einen Vortrag über die italienische Gesetzesreform gehalten und war dabei von dem französischen Sozialisten Renaudel durch den Ruf unterbrochen worden: „Es gibt keine Freiheit in einem Land, in dem es keine Gerechtigkeit und keine öffentliche Meinung gibt.“ In dem anschließendem Tumult, in dem sich schließlich die von den Delegierten der Abrüstungskonferenz unterstützten Vertreter Frankreichs und Italiens erregt gegenüberstanden — zu Tätlichkeiten ist es im Gegensatz zu entsprechenden Vorgängen in deutschen Parlamenten nicht gekommen —, soll Renaudel gerufen haben: „Nieder mit den Mördern Matteotis!“

Der Saal wurde endlich geräumt; der italienische Luftfahrtminister Balbo verlangte als Vertreter der italienischen Regierung eine offizielle Entschuldigung Frankreichs; der Generalsekretär des Völkerbundes hat der Interparlamentarischen Union die weitere Tagung im Völkerbundsgebäude bis zur Beilegung des Streitfalles untersagt. Diese Entfernung der Union aus dem Völkerbundsgebäude gereicht ihr übrigens nicht zur Unehre. Denn dieses Haus hat sich als der Ort herausgestellt, in dem die Rechtfertigung des Unrechts, insbesondere des internationalen Mordens geradezu ihre Stätte gefunden hat.

Nach diesem Zwischenfall kehrten die Abrüstungsdelegierten zu den eigenen Verhandlungen zurück.

Die politischen Erklärungen. Am Nachmittag erhielten vor der Gesamtabstimmung über den Benesch-Entwurf die Vertreter mehrerer Abordnungen das Wort zu grundsätzlichen politischen Erklärungen. Als Erster sprach Nadolny. Die „Telegraphen-Union“ kündigt seine Rede an als den Ausdruck der schweren, unterirdischen Mißstimmung, die nach der Vergewaltigung der bisherigen Antragsteller seitens der drei diktierenden Großmächte in den Kreisen der Konferenz herrschte. Aber es fiel kein Wort der Solidarität mit den Delegationen, die vergeblich für ernsthafte Abrüstungsmaßnahmen eingetreten waren. Nadolny kritisierte zwar auch im einzelnen den Entwurf Benesch's; aber seine Einwände waren, wie er ausdrücklich zugab, nicht so schwerwiegend, daß nicht unter gewissen Vorbehalten eine Zustimmung möglich gewesen wäre.

wenn die Konferenz der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung Rechnung tragen würde. Von dem Eingehen auf diese Forderung machte Nadolny die Haltung der deutschen Abordnung bei der Abstimmung, ja darüber hinaus ihre weitere Teilnahme an der Abrüstungskonferenz abhängig. Die innerpolitischen deutschen Verhältnisse, die der Anerkennung der deutschen Forderung im Ausland entgegenstehen, wurden begrifflicher Weise nicht erwähnt. Im Anschluß an seine Rede verlas Nadolny eine Erklärung der deutschen Reichsregierung, die das von Nadolny der Abrüstungskonferenz schon vorgelegte Ultimatum offiziell wiederholte: Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung — oder Deutschland boykottiert den Abschleßungsentwurf und „kann seine weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen“. So sagt der deutsche Text der Regierungserklärung; die französische Fassung, die Nadolny vorgelesen hat und die daher amtlich ist, ist vorsichtiger; in ihr heißt es nur, Deutschland könne sich nicht verpflichten (ne peut pas s'engager), weiter teilzunehmen.

Im Anschluß an die Rede Nadolny's traten die Delegierten Ungarns, Oesterreichs und Bulgariens ebenfalls für die Forderung der Gleichberechtigung der im Weltkrieg besiegten Staaten ein.

Sowohl Englands wie Frankreichs Vertreter antworteten auf diese Angriffe. Simon übernahm den Ueberbrückungsversuch zwischen der deutschen Erklärung und der von Herriot zu erwartenden Erwiderung. Mit merklicher Verstimmung im Ton wies er darauf hin, daß die ganze Entschleßung ja nichts anderes zu bedeuten habe als die Vorbereitung der zweiten Phase der Konferenz, in der die Einbringung politischer Forderungen den einzelnen Mächten ausdrücklich vorbehalten sei. Die Behandlung einer so schwierigen Frage wie der Anerkennung der Gleichberechtigung könne unmöglich in einem so verspäteten Zeitpunkt zur Entscheidung kommen. Mit einem Hinweis auf das Verständnis, das er den Anträgen Deutschlands, Ungarns und Oesterreichs auf Anerkennung ihrer Gleichberechtigung entgegenbringe, übergab er Herriot das Wort, damit dieser die vorläufige Ablehnung der Anträge rechtfertige.

Herriot wurde mit außerordentlichem Beifall begrüßt. In einer großen Rede legte er noch einmal den französischen Standpunkt dar, der den unlöslichen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung zum Mittelpunkt hat. Er wandte sich mit keinem Wort direkt gegen Nadolny und die von der deutschen Regierung angekündigte Forderung, sondern verteidigte den Anspruch auf Sicherheit für alle Nationen, für die großen und kleinen, für Frankreichs ehemalige Feinde und für seine Freunde. An dem Tage, an dem im Geist des Völkerbundespaktes eine internationale Organisation für die Sicherheit geschaffen worden sei, werde auch die Regelung der von Apponyi und Nadolny aufgeworfenen Frage der Gleichberechtigung wesentlich erleichtert werden. Herriot schloß mit der Erklärung, daß das republikanische Frankreich der Vertragentschleßung vorbehaltlos beitrete.

Die Schlußabstimmung erfolgt am Sonnabend.

gewisse Präferenzen für Waren, die der Freistaat benötige, zu gewähren.

Die Cosgrave-Partei veröffentlichte am Freitag ein Manifest, in dem de Valera dringend zu einer Versöhnung mit England aufgefordert wird, da sonst Irland einer Katastrophe entgegenreibe.

Der italienisch-rumänische Freundschaftsvertrag ist um sechs Monate verlängert worden. Alle Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten, die die Verlängerung erschwert hätten, werden von rumänischer amtlicher Seite zurückgewiesen.

Kommunistenverhaftungen in Ungarn

Die ungarische Polizei entdeckte in Budapest eine kommunistische Geheimorganisation, die, wie aus beschlagnahmten Schriften hervorgehen soll, mit Unterstützung von Moskau für den 1. August Straßenkundgebungen und Ruhestörungen vorbereitet hatte. Sieben Kommunisten wurden verhaftet.

Wiederum etwa 500 tödliche Fälle von Cholera in den chinesischen Häfen! Trotz aller Maßnahmen der Behörden hat die Seuche weiter um sich gegriffen.

„Wahrung der Rechte der Volksvertretung.“

So ist in seinem offiziellen Namen die Aufgabe des sogenannten Ueberwachungsausschusses des Reichstages bezeichnet, der am Freitag endlich tagte. Aufgaben findet er also heute in hinreichender Menge vor.

An der Sitzung nahmen 18 von den 28 Mitgliedern des Ausschusses teil. Es fehlten die Vertreter der NS, Deutschen Volkspartei und des Landvolks.

Nachdem Hoogner (SPD) zum zweiten Vorsitzenden des Ausschusses gewählt worden ist, bemühte sich der Volkskonservative von Lindeiner-Wildau, dem Ausschuß juristische Knüppel zwischen die Beine zu werfen (über die Rechtmäßigkeit der Einberufung, die Zuständigkeit des Ausschusses u. s. w.). Er wurde aber überstimmt.

Dasselbe passierte ihm bei dem Beschluß des Ausschusses, Herrn Straßer als Vorsitzenden des Ausschusses abzusetzen.

Als der Ausschuß dann zur Beratung verschiedener Anträge auf Aufhebung der neuesten Notverordnungen Pappens übergehen will, wird zuvor die Herbeirufung des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers und des Reichswehrministers verlangt — wiederum gegen die Stimme Lindeiners, von dem dann der Kommunist Torgler sagt, er schiene

als Regierungskommissar oder als Beauftragter des Herrenklubs anwesend zu sein. Lindeiner jedoch erklärte, er sei seit Wochen nicht im Herrenklub gewesen.

Papen verzögerte sein Erscheinen zunächst mit einer schriftlichen Rückfrage; er biete eine Mitteilung der zur Beratung stehenden Anträge; wenn diese sich im Rahmen der Zuständigkeit des Ausschusses hielten, sei die Regierung bereit, sie anzunehmen.

Nachdem aber der Ausschuß es abgelehnt hatte, sich von Papen Bedingungen für dessen Erscheinen vorschreiben zu lassen, ließ dieser erklären, er werde am Montag erscheinen, ohne Bedingungen zu stellen. (Am Freitag abend reiste Papen zu der Länderkonferenz nach Stuttgart.)

Vielleicht hat Papen mit seinen „Bedingungen“ nichts weiter beabsichtigt als eine Verzögerung. Wenn er am Montag vor dem Ausschuß erscheint, liegt das Urteil des Staatsgerichtshofs vor; vielleicht ist Herr von Papen dann inzwischen auch die Beruhigung der Süddeutschen gelungen.

Von einer „Fühlungnahme zwischen Pg. Gregor Straßer und dem Sachwalter des ADGB Furtwängler“ war in dem nationalsozialistischen Geheimschreiben die Rede, das wir in unserer gestrigen Nummer mitteilten. Der ADGB stellt, auch im Namen Furtwänglers, fest, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist.

Vor der Unterzeichnung des russisch-polnischen Paktes.

In Rumänien hat man an zuständiger Stelle erfahren, daß die Unterzeichnung des russisch-polnischen Nichtangriff-Paktes in diesen Tagen bevorsteht, obwohl eine Einigung zwischen Rußland und Rumänien in dem Streit um Bessarabien nicht erfolgt ist. In einer offiziellen rumänischen Erklärung wird trotzdem der Standpunkt vertreten, daß durch diese Unterzeichnung Polens das polnisch-rumänische Bündnis nicht gefährdet sei, da Polen offiziell zugesichert habe, es werde mit der Ratifizierung des polnisch-russischen Paktes warten, bis eine Einigung zwischen Rumänien und Rußland zustande gekommen sei.

Das Zollgesetz des irischen Landtags.

n Dublin, 23. Juli.

Der irische Landtag verabschiedete am Freitag abend das Sonderzollgesetz, das der irischen Regierung Vollmachten zur Erhebung von beliebigen Zöllen für englische Waren erteilt. Die Abänderungsanträge des Senats, die dahin gingen, einen Teil der geplanten Zollmaßnahmen aufzuschieben, sind damit hinfällig geworden. Sobald der Generalgouverneur das Gesetz unterzeichnet hat, wird die Regierung die entsprechende Zollverordnung veröffentlichen. De Valera erklärte, die irische Regierung werde sich bemühen müssen, mit anderen Staaten, die einen gewissen Betrag irischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse abnehmen könnten, zu annehmbaren Handelsabmachungen zu gelangen. Irland sei bereit, solchen Ländern

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

Copyright by Malik-Verlag 1932 THEODOR PLIVIER.

Dann fallen einige Rufe:

„Mit uns nicht mehr!“

„Wir haben genug!“

„Verschwinde, sonst kommt ein Seestiefel geflogen!“

Der Unteroffizier macht dem Feldwebel Meldung. Der Feldwebel, dem jeden Tag Dutzende von Insubordinationen aus seiner eigenen Kompanie gemeldet werden, die er dann zur Bestrafung weitergeben muß, beschließt: „Wir werden uns mit den Kerlen nicht lange rumärgern. Die werden ja doch heute Nacht auf ihre Schiffe abgeschoben!“

Rode wird schon am Nachmittag auf die „Baden“, die in Wilhelmshaven liegt, entlassen. Die vierzig Mann vom III. Geschwader müssen bis zum Abend warten. Jeder erhält noch ein Kommissbrot. Dann werden sie zum Bahnhof geführt und nach Kiel in Marsch gesetzt.

Unterwegs kommen sie an der Arrestanstalt Heppens vorbei. Wie vormittags ertönen Rufe von der vorbeimarschierenden Abteilung zu den Zellenfenstern hinauf, und von den Eingesperrten aus den Zellenfenstern herunter:

„Ahoi! Hier Markgraf!“

„Hier Thüringen!“

„Hier Helgoland!“

„Nieder mit dem Krieg!“

Der Obermaat, der den Transport führt, hindert die Matrosen nicht an ihrer Kundgebung. Schweigend marschieren er neben dem Trupp her zum Bahnhof.

Wilhelmshaven!

Oldenburg!

Bremen!

Sie durchlösen die Nacht, rauchen, spielen Karten, knabbern aus Hunger und Langeweile an ihren Kommissbrotchen herum. In ihren dünnen Anzügen fangen sie zu frieren an und kriechen enger aneinander. Auf den kleinen, schlecht beleuchteten Bahnhöfen steigen einige aus, um die Beine zu bewegen. Am nächsten Tag gegen Mittag kommen sie in Hamburg an.

In Hamburg steigen viele Zivilisten in den Zug ein; viele Mädchen und Frauen sind dabei, deren Männer in Kiel bei der Marine dienen, und mit denen sie den Abend und den nächsten Tag, der ein Sonntag ist, zusammen sein wollen.

Es ist Sonnabend, der 2. November 1918.

Die Zivilisten, die die Matrosen nur in den kleidsamen blauen Anzügen und den offenen Halskragen kennen, wundern sich über das Aussehen und über die grauen Takelanzüge der transportierten Mannschaften.

Und sie erkundigen sich:

„Was seid ihr denn für eine Marine?“

„Und wo kommt ihr denn her?“

„Wir sind vom III. Geschwader, von der schnellen Division, die liegt in Kiel.“

„Wir haben in Wilhelmshaven in Arrest gesessen!“

Es ist streng verboten, mit den Zivilisten über Vorkommnisse innerhalb der Marine zu sprechen. Aber die Matrosen können die großen Neuigkeiten nicht für sich behalten, und sie erzählen alles, was sie gehört und gesehen haben und noch einiges dazu.

Papendieck sitzt neben einer jungen Frau, einer mit einem schweren Knoten blonden Haars. Ihr Mann ist Heizer auf dem „König“.

„Der ‚König‘ ist wirklich nicht draußen gewesen?“

„Nein, auf keinem Schiff haben sie mitgemacht. Die Heizer haben überall gemeutert und die Feuer rausgerissen!“

„Und auf dem ‚Markgraf‘ auch?“ will eine andere wissen.

„Die auf dem ‚Markgraf‘ erst recht, da sind alles duftige Jungens an Bord!“

„Die Heizer von der ‚Thüringen‘, wie die ankamen, das hätten Sie sehen müssen. Zweihundertfünfzig Mann haben sie an Land gebracht!“

„Und jetzt geht's weiter!“

„Jetzt wird Schluß gemacht!“

„Wenn wir erst nach Kiel kommen!“

Die Frauen öffnen die Taschen. Von dem Wenigen, was sie mit sich haben, geben sie den Matrosen ab, Stullen, Äpfel. Die Blonde arbeitet in einer Hamburger Konservenfabrik. Sie hat eine Büchse Heringe in Gelee bei sich. Davon bekommt Papendieck ein Stück ab, auch den übrigen bietet sie davon an. Mit einemmal fällt ihr ein, daß ihr Mann bei den Verhafteten sein könnte.

„Der ist immer so, immer muß er vorneweg sein!“

„Das macht nichts. Der Krieg ist jetzt zu Ende. Und die müssen alle wieder freigelassen werden!“

„Sonst holen wir sie raus!“

„Die holen wir alle raus!“

Langsam ziehen die Wagen über die regenverhangenen Wiesen und durch die Wälder Holsteins. Fast vier Stunden dauert die Fahrt. Bei der Einfahrt in die Kieler Bahnhofshalle kurzer Abschied. Hinter der Sperre stehen die auf die Frauen wartenden Matrosen.

Papendieck springt vom Zug ab, noch beirrauscht von der Fahrt, von der Unterhaltung mit den Frauen, vor allem von den Erlebnissen in Wilhelmshaven, die beim Erzählen immer bedeutender geworden sind. Auch der Arrestanzug, den er und seine Genossen tragen, scheint ihm in diesem Moment etwas Besonderes zu sein und ihn fast mit den in Wilhelmshaven verhafteten Meuterern gleichzustellen. Er will sich groß tun und ruft den an der Sperre wartenden Matrosen zu:

„Achtung, jetzt kommen die Bolschewiki!“

Er verstummt aber gleich wieder, weil er keine Antwort bekommt. Eine Gruppe Offiziere steht in der Nähe, einer dreht sich nach Papendieck um, er unternimmt aber nichts.

Der Transportführer läßt den Trupp antreten und abzählen.

Nach einer Mahnung, sofort auf ihre Schiffe zu gehen, entläßt er sie.

(Fortsetzung folgt.)

LESER-REKORD



Der Kreuzweg der Arbeiterschaft.

Drei Briefe aus Braunschweig.

R. O. Braunschweig, 21. Juli.

Heute morgen vor 6 Uhr riegelte die Klagges-Polizei einige Arbeiterstraßen in der Innenstadt ab und durchsuchte die Häuser nach Waffen. Die Haussuchung brachte natürlich auch ein „Ergebnis“: „Es wurden Schlag- und Schußwaffen gefunden und aus polizeilichen Sicherheitsgründen beschlagnahmt.“ — Wie sagte doch gestern Herr Papen? „Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten . . . nachdrücklichst auszuheben. . . .“ Klagges reagiert auf dergleichen schnell.

Nazis und „Funke“.

A. K. Ich verkaufte auf dem Altstadtmarkt in Braunschweig den „Funken“. Es war Wochenmarkt. Meine Parole lautete:

„Der neueste Funke, die Tageszeitung gegen den Nationalsozialismus.“

Wie ich erwartet hatte, erschienen bald ein paar SA-Männer. Obgleich ich von ihnen keine Notiz nahm, pöbelten sie mich dauernd an. Das hatte zunächst nur zur Folge, daß der „Funke“ ausgezeichnet gekauft wurde. Es sammelten sich immer mehr Nazis an. Wiederholt versuchten sie nun, den Verkauf des „Funken“ zu verhindern. Aber es kam noch nicht zu Tötlichkeiten. Einmal stand ein Schutzmann in der Nähe, und — was mir für Braunschweig wirksamer erscheint — es beobachteten eine Anzahl handfester Arbeiter das provozierende Verhalten der NS. Schließlich kamen aber doch drei Nazis auf mich zu, bezeichneten die Zeitung als Lügen- und Scheißblatt. Ich sagte, sie sollten mich nicht belästigen. Als ich fortgehen wollte, versuchte der Frechste von den Dreien — wie sich nachher herausstellte, ein Schlachter — auf mich einzuschlagen. Aber ich wehrte den Schlag ab. Es entstand ein Menschenauflauf. Ein Schutzmann kam. Ich wollte mich sofort an ihn wenden, um die Personalien des Schlägers zu bekommen. Der Nazi kam mir zuvor, etwa mit den Worten:

„Ich verlange die Personalien von dem da. Er hat mich beleidigt. Er hat mich einen SA-Mordbanditen genannt.“

Dabei benahm sich die SA-Horde, es waren etwa 20 Mann, derart unverschämte, daß der Schutzmann wiederholt einschreiten mußte, was er zu meiner Befriedigung recht energisch tat.

Als ich nun meinen Namen sagte, zückten viele der SA-Männer sofort ein Notizbuch, riefen sich meine Personalien laut zu und notierten eifrig.

Die Kriminalpolizei lehnte es nachher ab, meine Aussagen auch nur zu Protokoll zu nehmen. Der betreffende Beamte sagte, es läge kein öffentliches Interesse vor.

Den „Funken“-Verkauf haben nur die Nazis erleichtert.

Der Provokateur, die Polizei und der Richter.

R. St. Kürzlich kam ich vom Himbeerenpflücken aus dem Walde. Am Herzogtore in Wolfenbüttel standen ungefähr acht bis zehn SA-Männer. Einer von ihnen, den ich als Spreinat erkannte, sagte:

„Ach guck, Pfeilchen.“ Ich reagierte nicht darauf. Spreinat folgte mir. Dann ging ich auf die andere Straßenseite, wo sich unser Hauseingang befindet. Mir entgegen kam ein SA-Mann, den ich kannte, und stieg von seinem Rade ab. Spreinat war mir dicht auf den Fersen. Ich lief auf unsere Haustür zu und konnte gerade noch hinein kommen. Aber Spreinat folgte mir bis vor den Treppenaufgang, konnte aber dann nicht weiter, weil unser Hauswirt die Treppe hinunter kam. Einige Stufen war ich vor Spreinat, als er mir sagte, ich sollte doch noch einmal herunter kommen, was ich dann

auch tat. Daraufhin durchsuchte Spreinat meine Taschen, fand aber nichts. Er sagte mir, ich wäre gestern Abend auch im Umzug der Eisernen Front gewesen. Ich erwiderte, daß das nicht wahr wäre. Hierauf schlug er mich mit der Faust fortwährend ins Gesicht. Es gelang mir, mich mit dem Rücken gegen ihn zu wenden. Da er mein Zeug festhielt, konnte ich nicht gleich fort. Mit meinen beiden Händen verdeckte ich mein Gesicht. Als er merkte, daß seine Schläge nicht wirkungsvoll genug waren, wollte er meine Hände vom Gesicht entfernen. Nach einigen Bemühungen konnte ich mich doch losreißen, sodaß ich meine Tasche, welche ich oben auf der Treppe hingestellt hatte, erreichte. Hieraus entnahm ich eine Bierflasche und warf sie Spreinat entgegen, da er Anstalten machte, mir zu folgen. Während dieses Wurfes vernahm ich einen starken Knall. Ich glaubte, es käme von der Flasche. Ich lief dann in unsere Wohnung und schloß mich ein, weil ich fürchte, die NS kämen rauf. Vom Fenster aus hörte ich dann, daß man unten sagte, ich hätte geschossen. Eine Pistole besitze ich jedoch gar nicht. Kurz darauf war Polizei da und ver-

langte Einlaß. Mit gezogenem Revolver kam die Polizei und verlangte Herausgabe der Schußwaffe. Diesen Wunsch konnte ich ihnen nicht erfüllen, da ich ja keine besaß. Die ganze Wohnung wurde durchsucht und nichts Belastendes gefunden. Als die Durchsuchung beendet war, brachte mich die Polizei zur Wache. Auf unserem Hof stand alles voll von NS.

Spreinat kam auf mich zu und schlug mich mit der Faust ins Gesicht, so daß die Nase blutete. Dieses alles im Beisein der Polizeibeamten.

Auf der Polizeiwache wollte man mich vernehmen. Ich verweigerte jedoch jede Aussage und bat, dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt zu werden. Dieses ist am nächsten Tage geschehen. Triftige Gründe, die für meine weitere Haft sprachen, hatte man nicht. So wurde ich vorläufig entlassen.

Der Richter sagte mir, ich könnte Spreinat anzeigen wegen Hausfriedensbruchs oder wegen Körperverletzung.

Viel Erfolg würde es allerdings nicht haben.

Nach Äußerungen einer Verwandten unseres Hauswirts, die die Szene an der Treppe beobachtet hat, scheint es, daß Spreinat einen Schuß abgegeben hat.

Zwei Arbeiterführer zur Lage.

Léon Blum hegt Zweifel

gegenüber der Politik der SPD.

Ein Wort kameradschaftlicher, sehr schonender, aber immerhin merklicher Kritik hat der französische Sozialist Léon Blum seinen deutschen Genossen zugerufen. Nach dem Sturz der Preußenregierung schrieb Blum im „Populaire“:

„Ich behaupte nicht, daß unsere sozialdemokratischen Kameraden in dem furchtbaren Sturm, in dem sie seit 12 Jahren kämpfen, immer frei von Irrtümern gewesen sind. Wie sollten wir heute den Mut haben, ihnen einen Vorwurf zu machen, wie sollten wir heute die Kühnheit haben, ihnen von unserem ruhigen Posten eine Lehre zu erteilen.“

Sie setzen ihre Hoffnungen sichtlich auf das allgemeine Wahlrecht.

Ihre Taktik besteht darin, die Diktatur-Regierung zur Abhaltung der Wahlen zu zwingen, die sie wahrscheinlich gern umgehen möchte.

In zehn Tagen werden wir wissen, ob ihre Berechnung richtig war,

ob die Militärdiktatur die freie Ausübung des allgemeinen Wahlrechts erlaubt, welches Urteil die Wählerschaft fällt und wie man ihrem Willen Rechnung trägt. Wir werden wissen, ob die Kaltblütigkeit und die Vorsicht der Sozialdemokratie die Republik wird wieder auferstehen lassen können. Aber inzwischen werden ernste Vorgefühle auf Europa lasten, während die Faust der Militärdiktatur über Deutschland schwebt.

Wenn doch wenigstens vor der drohenden Gefahr die deutsche Arbeiterschaft verstehen könnte, daß die Spaltung die Ursache ihrer Not ist und daß die Einigkeit die Vorbedingung für ihr Heil!

In Bereitschaft sein, wäre alles!

Hk. Löbe sprach am Freitag vor den Berliner Eisenbahnern der Eisernen Front. Er wurde mit Wohlwollen angehört — die meisten haben sich wohl ein Gefühl bewahrt für die Anständigkeit der Gesinnung und die politische Sauberkeit Löbes. Die heitere, humorvolle und harmlose Unterhaltung aber, die Löbe mit seiner Polemik gegen Papen und Nazis den versammelten Arbeitern bot, entsprach dem Ernst der Situation nicht.

Was hätte Löbe an Stärkung des Ernstes zum Kampf in einer solchen Versammlung erzielen können, wenn er den Fonds an Vertrauen, über den er bei seinen Genossen verfügt, für diesen Zweck eingesetzt hätte! Wenn er schon in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen seiner Partei sich vorgenommen hat, diesen Wahlkampf ruhig durchzuführen, so hätte er doch sehr wohl einige Worte finden können, zu den Sorgen, die auch die sozialdemokratischen Arbeiter seit Mittwoch verstärkt erfüllen; einige Worte zu den Aufgaben, auf die wir uns rüsten müssen, um sie wenigstens nach dem 31. Juli in Angriff nehmen zu können; den Aufgaben, die gerade auch den Eisenbahnern zufallen. Solche Worte wären in der Versammlung auf fruchtbaren Boden gefallen.

Löbe aber sprach beruhigend, als wenn er Sorgen nicht hätte, als wenn er an die Macht des Wählens glaubte. Die Wurzel seiner demokratischen Ueberzeugung wurde deutlich: es ist die Ablehnung der Gewalt, die — statt auf die Mehrheit zu warten, auf die Reife, die Kenntnisse, die Einsicht des Volkes — die Diktatur einer Minderheit aufrichten will. „Wir möchten keine Köpfe einschlagen, sondern sie aufklären.“

Der Reformismus ist gerade in seinen anständigen Vertretern eine tödliche Gefahr für den Kampf der Arbeiter.

Das bewies die Versammlung, die unter Löbes besänftigendem Einfluß kaum noch etwas von der empfundenen Erregung erkennen ließ, die sicher am Mittwoch viel dieser Arbeiter erfüllte.

„Trotz der Sorgen und Nöte, die auf der Reichsregierung lasten“, ist Herr von Gayl am Freitag nach Frankfurt am Main gefahren, um an der Tagung des Deutschen Sängerbundes teilzunehmen; denn „hier handele es sich nicht eigentlich um eine Feier, sondern um eine Veranstaltung von volkspolitischem Wert“.

„Heil!“ „Nieder mit Papen!“ „Heil Severing!“

Das waren die Rufe, mit denen Papen in Stuttgart von rechts, links und rechts empfangen wurde.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Montag, 25. Juli, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Bildungsvereins „Lessing“. Am Geeren 3. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler! Redner: Fritz Grob (Berlin).

Hannover: Mittwoch, 27. Juli, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Gewaltstreik in Preußen! Was tun wir am 31. Juli?

Hann.-Münden: Montag, 25. Juli, 20.30 Uhr, im Volkshaus, Langstraße. Thema: Die politische Lage und die Reichstagswahl!

Kassel: Dienstag, den 26. Juli, 20.15 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses, Spohrstr. 6. Thema: Einigungswille und Reichstagswahl.

Köln: Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

München: Dienstag, den 26. Juli, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstraße 67. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Str. und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Die kulturpolitische Reaktion.

Bei der Verschiebung der Machtverhältnisse, wie sie in diesen Tagen in Deutschland offen in Erscheinung getreten ist, ist es interessant, festzustellen, daß die Position der Katholiken, die als Zentrums-Macht heute in die Opposition gedrängt ist, in kultureller Hinsicht noch außerordentlich stark ist. Ueber all den Exzessen der Brachialgewalt — dieses lateinische Wort muß man sich offenbar unter Brachts Regiment merken —, die zur Zeit das beherrschende Mittel zur Austragung von Konflikten geworden ist, darf man nicht übersehen, daß die schweigsame und zähe Kraft der Katholiken von hintenher noch viele Fäden lenkt und damit die Möglichkeit besitzt, das ohnehin zurückgedrängte geistige Leben behutsam und sicher unter ihre Fittiche zu nehmen.

Zwei prominente politische Leiter, der Reichskanzler und Preußenkommissar Papen und sein Assistent Bracht sind beide Katholiken. Im preußischen Kultusministerium werden die Geschäfte zur Zeit von dem Zentrumsmitglied Lammers geführt, der alle Wechselfälle des preußischen Kultusministeriums überdauert und es erreicht hat, daß weder der Demokrat Becker noch der Sozialdemokrat Grimme der Einführung des Konkordats in Preußen und dem Werden der Bischofsstadt Berlin im Wege standen. Das Volksschulwesen ist in diesem Ministerium erst kürzlich in die Hände des Zentrumsmanne Wendt gelegt worden.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die „Germania“ — fast als einzige in dieser Zeit des Wahlkampfes — ihre schulpolitischen Forderungen anmeldet und dem Sammelaorium von „deutschem Christentum“ in all seinen Schattierungen von der Oberkonsistorialratsorthodoxie bis zum Ludendorffschen Wald- und Wiesenglauben die Leviten liest. Wie vor kurzer Zeit Marx den Vorwurf zurückwies, daß die Weimarer Koalition zur Protektion freidenkerlicher Bestrebungen geführt habe, so weist jetzt in neuen Artikeln der Kulturreferent des Zentrums, Lauscher, nach, wie gerade das Zentrum die Koalitionsgenossen von der SPD auf kulturellem Gebiet um alle Erfolge gebracht habe; so sei zum Beispiel die Verleihung der Körperschaftsrechte an die Freidenkerverbände allein durch die Geschicklichkeit des Zentrums verhindert worden.

Sehr deutlich ist auch wieder die Stellungnahme Lauschers zur Frage der Simultanschule: „Es gibt katholische Christen und evangelische Christen, aber es gibt keine Simultanschulen.“ Folgerung: Nur die konfessionelle Schule kann die Regelschule werden.

Die Reaktion, der wir entgegengehen, kommt unweigerlich auch auf kulturpolitischem Gebiet. Und hier wird der Katholizismus die Führung haben. Sein Feldzug, der darauf ausgeht, die Freidenkerbewegung gerade so in die Enge zu treiben, wie es durch die Reaktionen mit den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der „Marxisten“ geschieht, wird bei den heute vordringenden politischen Führern der Reaktion auf keinen entscheidenden Widerstand, in wesentlichen Punkten vielmehr auf wirksame Unterstützung stoßen. Die Nazis mit ihrer völligen Kulturlosigkeit sind keine ernsthaften Gegner. Das Zentrum, das es verstanden hat, mit der Kulturpolitik der SPD fertig zu werden, wird es erst recht verstehen, die Bereitschaft der Nazis, das Dritte Reich christlich anzustreichen, zum Aufbau einer Kirchen- und Schulpolitik auszunutzen, die den autoritären Idealen der Katholiken entspricht. Und die Feudalen vertreten ein so schwungloses und hausbackenes Kirchentum, das gern bereit sein wird, den kämpfenden Katholizismus vorzuschleichen, wenn es sich darum handeln wird, das Volk zur Religion zurückzuführen. Hier findet die Reaktion einen Bundesgenossen, der im Erobern geübt und von Kampfgeist beseelt ist, der große Organisationen aufzubieten vermag, die von katholischem Geist getragen sind — man braucht nur an die jährliche Hqerschau der Katholikentage zu denken —, und denen die evangelische Kirche überhaupt nichts an die Seite zu stellen hat! Diese Organisationen des Katholizismus haben Funktionäre, erfahrene und menschenkundige Männer, die seit Jahren die kirchlichen Interessen auch in Staatsämtern verteidigt haben, und die man daher auch nicht entfernen wird.

Die Koalition der herrschenden reaktionären Parteien mit dem Zentrum, die auf politischem Gebiet wohl nicht so bald wieder zustandekommen wird, hat daher auf kulturpolitischem Gebiet noch einen sehr festen Rückhalt.

Arbeitsbeschaffungs-Gerede.

Zur Arbeitsbeschaffung beim Bau von Wasser- und Landstraßen übernimmt das Reich die Garantie für 110 Millionen Mark Kredite; davon entfallen 50 Millionen Mark auf den Bau von Wasserstraßen, 60 Millionen Mark auf den Bau von Landstraßen. Die Kredite selber aufgenommen von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. (Oeffa). Und zwar sollen Wechsel von den Straßenbauunternehmern ausgestellt, von der Oeffa akzeptiert, teils von der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G., teils von einem unter der Führung der Reichskreditgesellschaft A.-G. stehenden Bankkonsortium diskontiert werden. Die Wechsel sollen viermal prolongiert (verlängert) werden und spätestens nach 15 Monaten aus Reichsmitteln abgedeckt werden. — Woher sollen diese Reichsmittel eigentlich kommen? Und was geschieht bis dahin? Soll die Reichsbank mehr Noten drucken?

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll 15 Prozent des Gesamtbetrages zur Verfügung stellen. Dabei wird offenbar davon ausgegangen, daß sie Unterstützungszahlungen sparen wird. — Die Arbeiten sollen sämtlich an Unternehmer vergeben werden, die ihrerseits auch Kredit geben sollen.

Insgesamt hofft man auf diesem Wege Wasserbauarbeiten für rund 60 Millionen Mark, Straßenbauarbeiten für rund 100 Millionen Mark finanzieren zu können.

Von der Oeffa wurden für Arbeiten am Mittellandkanal Darlehen in Höhe von 3,1 Millionen Mark, von der Reichsanstalt Zuschüsse in Höhe von 430 000 Mark bereits zur Verfügung gestellt. Die Stadt Berlin hat einschließlich der Zuschüsse der Reichsanstalt rund 2 Millionen Mark erhalten, die für Erweiterung der Kanalisation und zur Fertigstellung von Tunnelarbeiten verwendet werden.

Welche Wirkung wird diese Aktion haben?

In den letztvergangenen Jahren sind durchschnittlich jährlich 600 Millionen Mark für Straßenbau ausgegeben worden. Diese Beträge sind im laufenden Haushaltsjahr so stark zusammengestrichen worden, daß 60 und auch 100 Millionen Mark den Ausfall keineswegs ausgleichen werden. Die sogenannte Arbeitsbeschaffung führt also lediglich dazu, daß die öffentlichen Arbeiten nicht so stark beschnitten werden, als das sonst der Fall wäre. Da sie zum Teil gerade im Hinblick auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschnitten worden sind, ändert sich zum Teil sachlich überhaupt nichts.

1932 ist an den Straßen kaum etwas ausgebessert worden. Nun wird vorgeschrieben, die neuen Mittel dürfen nicht für die laufende Unterhaltung der Straßen verwandt werden, sondern nur zur Verbesserung der vorhandenen öffentlichen Landstraßen; und zwar müssen die auszuführenden Bauten eine Lebensdauer von durchschnittlich 10 Jahren haben, — offenbar nicht aus technischen Gründen, sondern zur Beruhigung der Kreditgeber! Wird es diesen aber etwas nützen, wenn nun, wie beabsichtigt, in einzelnen Gegenden Pflasterstraßen gebaut und daneben andere Straßen der Zerstörung anheim gegeben werden, weil die neuen Kredite nicht etwa zu Schutzanstrichen für vorhandenen Straßenbelag verwandt werden dürfen?

Es scheint mit der Arbeitsbeschaffung nunmehr ebenso zu gehen wie mit der Siedlung. Aus dem Umfang der Pressenachrichten und Ministerreden kann man einen Schluß ziehen auf den Umfang des tatsächlich Geleisteten:

Je mehr geschrieben und geredet wird, um so weniger wird geleistet.

Für Leib und Seele.

W. P. Braunschweig, 21. Juli.

Die früher dem Freiherrn von Clausbruch gehörende Villa in der Bismarckstraße wird gegenwärtig zu einem Krankenhaus umgebaut. Dieser Umbau wird im Auftrage der Kongregation der Barmherzigen Schwestern in Hildesheim vorgenommen, die höchstwahrscheinlich das Krankenhaus selber in Betrieb nehmen wird. Die die Maurerarbeiten ausführende Firma hat sich verpflichten müssen, für den Umbau zunächst nur katholische Bauarbeiter zu beschäftigen.

Geistesarbeiter gegen Kulturbarbarei und Faschismus.

G. M. Zu der Kundgebung hatten in Hamburg aufgerufen die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Liga für Menschenrechte, Gruppe revolutionärer Pazifisten, Arbeitsgemeinschaft pazifistischer Lehrer, Antimilitaristische Arbeitsgemeinschaft, Einheitskomitee der nautischen und technischen Schiffsoffiziere, Aufbruch-Kreis, Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer, Freier Radio-Bund, ISK, Kollektiv Hamburger Schauspieler, Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, RSG, Ifa.

Die Kundgebung stand im Zeichen der Altonaer Toten. Dennoch griff nur der amerikanische Schriftsteller Wassermann die Altonaer Polizei und ihren SPD-Führer an, während alle anderen Redner auf Angriffe gegen Parteien der Linken verzichteten.

Der Saal, der 1500 Menschen faßt, mußte wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Die Versammlung bot ein imposantes Bild der Einheitsfront. Genossen der Eisernen Front und Genossen der Antifaschistischen Aktion neben zahlreichen parteilosen Intellektuellen zeigten, daß der Ernst der Lage bis in die Linke der Bürgerlichen erfaßt war.

Hauptredner war der Kommunist Wittfogel, der vor allem über italienische Zustände auf dem Gebiet der Schule und der Kunst sprach; der Dichter Hans Henny Jahn zeigte die Gefahr des Faschismus in der Kunst; Rechtsanwalt Dr. Bauer berichtete von der Klassenjustiz. Der Redakteur einer bürgerlichen Zeitung zeigte die Knobelung der Presse. Die Genossin Klara Deppe (ISK) wies auf die Gefahr hin, die Kirche und Faschismus für die Schule bedeuten.

Alle zeigten, daß man in der Lage ist, eine breite Front gegen den Faschismus zu schaffen. Alle Redner waren sich einig, daß es für die geistigen Arbeiter gälte, sich dem Kampfe des Proletariats anzuschließen. Die Genossin Deppe formulierte es so: „Es ist eines gebildeten Menschen unwürdig, sich von den Werkträgern die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Darum haben die Geistesarbeiter die Pflicht, mit den proletarischen Genossen im Kampf gegen den Faschismus zusammengustehen.“

Die Kundgebung war ein Auftakt zur Einheitsfront der Denkenden und Leidenden.

„Entpolitisierung“ der Elternbeiratswahlen?

Von Fritz Dösch.

In unserem Artikel über die Elternbeiratswahlen vom Juni („Funke“ vom 9. Juli) schrieben wir am Schluß:

„Nach dieser Wahl mehrten sich die Stimmen, die eine Aenderung der Wahl und Zusammensetzung der Elternbeiräte fordern. Sie wollen die Elternbeiräte nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten, sondern nur noch nach ‚pädagogischen‘ Gesichtspunkten aufstellen. Die ‚Preußische Lehrerzeitung‘ schrieb bereits vor der Wahl:

„Sie (die Lehrerschaft) will die Elternbeiräte behalten, aber sie möchte sie entpolitisieren; Parteipolitik ist für die Schule Gift. Die Lehrerschaft hofft, daß am 26. Juni in Preußen zum letztenmal nach einem parteipolitischen Modus Elternbeiräte gewählt werden.“

Die Arbeiterschaft darf diesen Sirenentönen nicht verfallen, sie sollen nur dazu dienen, eine einzige parteipolitische Richtung in den Schulen vorherrschend zu machen, die Christlich-Unpolitische!

Darauf schreibt uns eine Lehrgenossin, nachdem sie zustimmend feststellt, daß es bei der heutigen Form der Elternbeiratswahl gilt, den Einfluß der Christlich-Unpolitischen zurückzudrängen:

„Nun fragt es sich aber, ob die bisher geübte Art der Elternbeiratswahl dazu geeignet ist, das Eindringen des kirchlichen Einflusses auf die Schule wirksam zu bekämpfen. Die ‚Preußische Lehrerzeitung‘ wies mehrfach darauf hin, daß nach der Meinung der Lehrerschaft das Gegenteil der Fall ist. Deshalb fordert die Lehrerschaft eine Umgestaltung des Elternbeirats. Nicht mehr nach parteipolitischen Listen soll gewählt werden, sondern die Vertreter der Elternschaft der einzelnen Schulklassen sollen den Elternbeirat bilden. Diese Eltern, die in Zusammenarbeit mit dem Lehrer ihres Kindes ein konkretes Interesse an vernünftiger Schularbeit haben, werden sich nicht so leicht von Mächten außerhalb der Schule für deren Ziele mißbrauchen lassen.“

Ich muß auch nach diesen Einwänden unser eingangs angeführtes Urteil aufrechterhalten. Die Lehrerschaft erhebt die Forderung der Entfernung der Politik aus der Schule gewiß in Sorge um den Erfolg ihrer pädagogischen Arbeit. Sie muß es erleben, daß nicht nur die Schuljugend schon parteipolitisch voreingenommen in die Schule kommt und dadurch das Bemühen des Lehrers, ihr zu einem selbst-

ständigen Urteil zu verhelfen, fast unmöglich macht, sondern daß auch die Elternschaft, die ihn in seiner Arbeit unterstützen sollte, parteipolitisch in verschiedene Lager gespalten ist. Aber wird dieses Uebel durch Aenderung des Wahlmodus der Elternbeiratswahlen, wie sie im Deutschen Lehrerverein vorgeschlagen wird, beseitigt? Zwar wird erreicht, daß bei den Elternbeiratswahlen nicht mehr so viel von Parteipolitik geredet wird. Die politischen und damit auch die pädagogischen Gegensätze in der Elternschaft werden dadurch aber nicht beseitigt, sondern vertuscht oder im Rahmen der Klassengemeinschaft entfesselt. Das ist gefährlich, weil dadurch den reaktionären Dunkelmännern mehr noch als bisher Gelegenheit gegeben wird, unter der Decke einer „unpolitischen“ Neutralität zu arbeiten.

Der Vorschlag auf Aenderung des Wahlmodus zur Elternbeiratswahl hätte nur dann einen Sinn, wenn es wirklich gemeinsame pädagogische Interessen aller Eltern ohne Rücksicht auf die politische Einstellung gäbe. Die gibt es aber nicht und kann es auch nicht geben. Wer politisch reaktionär ist, ist in der Regel auch pädagogisch reaktionär; der will, daß die Kinder zu „gehorsamen“ Menschen erzogen werden, d. h. zu Menschen, deren eigener vernünftiger Wille gebrochen ist. Wer politisch fortschrittlich ist, ist in der Regel für die Erziehung innerlich freier Menschen, das heißt Menschen, deren eigener vernünftiger Wille durch die Erziehung gestärkt worden ist.

Wer zwischen diesen klaren Gegensätzen glaubt vermitteln zu können, der macht sich etwas vor, der verfällt den Sirenentönen einer „unpolitischen“ Pädagogik.

Hier gibt es kein Paktieren. Je klarer die Gegensätze herausgestellt werden, umso besser für den Fortschritt. Wenn also an den Schulen nach politischen Listen gewählt wird, so ist das nur gut, denn dann scheiden sich die Geister klar nach den Gegensätzen, die sich nicht überbrücken lassen.

Allerdings ergibt sich aus dieser Stellungnahme eine Ausnahme: die Listenwahl an den weltlichen Schulen ist zu verwerfen. Daß sich zwei Richtungen der Arbeiterschaft bekämpfen, die kulturpolitisch dasselbe Ziel haben, ist Unsinn. Ebenso wie es geradezu eine reaktionäre Handlung ist, an den christlichen Schulen einer rechten Liste zwei linke entgegensustellen.

Ein Tag Verkehr.

Acht Tote.

Vom Freitag wurden folgende Verkehrsunfälle gemeldet: München: Von einem mit Kies beladenen Lastkraftwagen riß der Anhänger und fuhr rückwärts eine abschüssige Straße hinunter. Dabei erfaßte und tötete er zwei Männer, eine Frau und ein Kind. Außerdem wurde ein Mann schwer verletzt.

Sinzig (Rhein): Eine Kraftdroschke geriet ins Schleudern und stellte sich quer über die Straße; dann fuhr ein anderes Auto in sie hinein. Eine Frau tot; vier Schwer-, fünf Leichtverletzte.

Wandlitz (Mark): Der Mittfahrer eines Lieferwagens stürzte tödlich aus dem fahrenden Auto, als er sich von seinem Sitz weit nach vorn gelehnt hatte, um die Motorhaube zu schließen, die sich geöffnet hatte.

Kirn (Nahe): Ein Motorradfahrer fuhr auf einen haltenden Lastwagen auf. Ihm selber wurde der Schädel zerschmettert, der Beifahrer wurde lebensgefährlich verletzt.

Osternburg (Altmark): Ein Motorradfahrer strelfte beim Ueberholen ein Fuhrwerk, verlor die Gewalt über seine Maschine und fuhr gegen einen Baum. Er starb an seinen Verletzungen.

Zum Schutz gegen Spitzel und Provokateure hat die SPD für Berlin eine Aufnahmesperre verhängt: bis auf weiteres werden nur solche Genossen als Mitglieder neu aufgenommen, die von Parteifreunden der Partei zugeführt werden. Eine vernünftige Maßnahme, die jedoch für eine Partei wie die kommunistische noch dringender wäre und dort Dauererleichterung sein sollte! Ihre Notwendigkeit hat neuerdings erst wieder der Norkus-Prozeß gezeigt.

Quittung

über Spenden für den Pressfond des „Funken“

A. G. Pfm. 50 Mark; H. L. in S. 10 Mark; E. C. in S. 30 Mark; E. A. in S. 35 Mark; E. P. in S. 5 Mark; K. M. in B. 10 Mark; J. D. in M. G. 10 Mark; O. W. in G. 10 Mark; K. in B. 4 Mark; R. L. in B. 46,55 Mark; H. L. in S. 100 Mark; C. in B. 90 Mark.

Wir danken allen Spendern herzlich; weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin, Anzeigeb. R. Lippmann, Berlin, Verl. „Internationale Verlagsgesellschaft GmbH“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 8000. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit

Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG
O. v. Querckestr.
104, H. r. l.

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schule

H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: O 6 Wedding 2359
Bei Vorzug. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reinsignen
von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.

Hamburg / Barossastraße 8.
Telephon: 25 52 42.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig,
10 Flaschen nur 5,40 Mark.

Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

Frühkost-Heimhaus
Magdeburg, O. v. Querckestr. 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 22. Juli Der Russenfilm:
Iwan der Schreckliche

Leo Lanta und Piel Jutal
UMS TGLICHE BRO!

F o x tönende Wechselscheibe.

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH.

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Berlin SO 26, Elisabethufer 28-30
Telefon: Sammler, F 1 Moritzplatz 547

Die Gerichtsverhandlungen gegen die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten

zeigte deutlich,
welche unklaren Vorstellungen über Währungsfragen

vorhanden sind und wie notwendig es also ist, sich auch mit denjenigen Geldtheorien auseinanderzusetzen, denen die Freigeldlehre Silvio Gesells zu Grunde liegt.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Beyer 32 Seiten Brosch. 40 Pf.

Mit dieser Schrift bekommt jeder ein Rüstzeug in die Hand, das ihn befähigt, Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheck-Konto: Berlin Nummer 213 42

Polizeiliche Waffendurchsuchung als Waffe des SA-Terrors.

Die verschärften Waffenbestimmungen gehen einstweilen noch nicht so weit, daß „an die Wand gestellt“ wird, wer unbefugt mit einer Waffe angetroffen wird; vor einigen Tagen war jedoch davon die Rede, daß die Reichsregierung eine derartige Verordnung plane.

Wie ihre Handhabung aussehen würde, das illustriert folgender Bericht, den wir dem „Abend“ entnehmen:

„Am Mittwochabend hielt die Sozialdemokratische Partei eine stark besuchte Versammlung in . . . Neidenburg ab. Referent war Reichstagsabgeordneter Carl Jaeger. . . .“

Kurz vor Beginn der Versammlung durchsuchte der überwachende Landjägerhauptmann Brandtstätter die Versammlungsteilnehmer nach Waffen.

Er durchsuchte aber nicht die draußen vor dem Versammlungslokal in großer Menge johlenden Hakenkreuzler, obwohl der Referent ihn dazu aufforderte.

Nach Schluß der Versammlung begaben sich Jaeger und 30 Mann Saaschutz, die mit ihm gekommen waren, zu dem außerhalb der Stadt wartenden Lastkraftwagen. Der Landjägerhauptmann Brandtstätter und drei Landjäger begleiteten Jaeger, der an der Spitze des kleinen Zuges ging. Brandtstätter lehnte es ab, einen Weg zu benutzen, der nicht über den Marktplatz geht. Er führte vielmehr Jaeger und seine Begleiter über den Marktplatz, wo mehrere Hundert johlende Nazis standen. Auf einmal ertönte der Ruf: „Den Jaeger hängen wir doch noch!“, und schon stürzte sich eine Rote Hakenkreuzler auf Jaeger, der neben Brandtstätter und den Landjägern ging, und schlugen von hinten mit Totschlägern auf Jaeger ein, der sofort aus zahlreichen Kopfwunden stark blutete. . . . Der Landjägerhauptmann hat nicht nur Jaeger nicht vor den Attentätern geschützt, sondern auch nichts unternommen, um diese festzustellen.“

Eine derartige Praxis der Durchsuchung nach Waffen läuft auf die Entwaffnung der Arbeiter, und nur der Arbeiter hinaus.

Gegenrevolutionär und christlich — die Richtlinien für die politische Polizei.

h Berlin, 22. Juli.

Auf Anordnung des kommissarischen preußischen Ministers des Innern hat der Polizeipräsident von Berlin einige Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb seiner Verwaltung beschlossen. In der politischen Abteilung ist sichergestellt, daß

die Bearbeitung der sogenannten „radikalen Linksbewegung“ in der Hand von Dezernenten liegt, die in ihrer politischen Überzeugung sich von dieser Bewegung klar absetzen.

In der Abteilung IV, in der u. a. kulturelle Angelegenheiten bearbeitet werden, werden

in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Dezernenten bearbeitet, die für ihren Pöbel positiv auf dem Boden christlicher Weltanschauung und Kulturauffassung stehen.

„Milderung“ des Demonstrationsverbots.

Am 22. Juli hat der Reichsminister des Innern eine Neuordnung der Demonstrationsbestimmungen vorgenommen. Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen gilt nach der neuen Verordnung, die mit Sonntag, den 24. Juli 1932 in Kraft tritt, nicht mehr für

Gründliche Abfuhr / Herrn Papen erteilt vom Zentrum.

Die preußische Zentrumsfraktion und der Vorstand des preußischen Zentrums haben eine Entschliebung gefaßt, der auch der Reichsparteivorstand des Zentrums zustimmt, und in der der ehemalige Zentrumsführer von Papen in entschiedener und würdiger Weise abgeschüttelt wird. Da außerdem diese Entschliebung eine gründliche Widerlegung der von von Papen für sein Vorgehen vorgebrachten „Rechts“-Gründe enthält, geben wir sie zum Teil im Wortlaut wieder:

„Sollten wirklich einzelne höhere Funktionäre des preußischen Staates sich Pflichtwidrigkeiten schuldig gemacht haben, so war es unzweifelhaft die Pflicht der Reichsregierung, vor jedem unmittelbaren Eingreifen ihrerseits hiervon die preußische Staatsregierung amtlich in Kenntnis zu setzen. Ein solcher Schritt der Reichsregierung ist nicht erfolgt. Herr von Papen war also nicht berechtigt, in seiner Rundfunkrede vom 20. Juli zu behaupten, daß „die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD zu treffen.“

Wenn Herr von Papen weiterhin geltend macht, daß durch die Schuld der einzelnen Parteien den Kommunisten im Preußischen Landtag eine Schlüsselstellung verschafft worden sei, so haben schon die Vorgänge bei der Wahl des preußischen Landtagspräsidiums mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß

dieser Vorwurf jedenfalls die Regierungsparteien nicht trifft. Vielmehr haben diese das Anerbieten der Kommunistischen Landtagsfraktion abgelehnt, mit ihrer Hilfe das Landtagspräsidium ausschließlich mit Mitgliedern des Zentrums und der SPD zu besetzen.

Ebensowenig kann das Vorgehen der Reichsregierung damit gerechtfertigt werden, daß der Landtag die ihm verfassungsmäßig obliegende Neuwahl des Ministerpräsidenten bisher noch nicht vorgenommen hat. Es dürfte ihr nicht unbekannt sein, daß

zwischen Nationalsozialisten und Zentrum auf Vorschlag der ersteren Übereinstimmung darüber bestand und besteht, daß diese Wahl erst nach den Reichstagswahlen vorgenommen werden soll. Im übrigen muß festgestellt

werden, daß in anderen deutschen Ländern geschäftsführende Regierungen seit langem im Amt sind, ohne daß die Reichsregierung sich zu irgendwelchen Maßnahmen von Reichs wegen veranlaßt gesehen hätte.

Nach alledem bestreitet die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags mit allem Nachdruck, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung vorliegen. Weder hat das Land Preußen seine Pflichten aus der Reichsverfassung oder aus Reichsgesetzen nicht ordnungsgemäß erfüllt, noch ist durch das Verhalten der preußischen Staatsregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb des preußischen Staatsgebietes gestört worden. Wenn seit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning

die öffentliche Ordnung und Sicherheit in bedenklichem Maße gestört worden sind, so beschränken sich diese Erscheinungen weder auf das Land Preußen,

noch sind sie durch das Verhalten der preußischen Staatsregierung verursacht worden. Das öffentliche Gewissen des deutschen Volkes legt vielmehr diese betrüblichen Vorgänge in seltener Einmütigkeit

den verfehlten Maßnahmen zur Last, die gerade das Kabinett von Papen getroffen

und bis zum heutigen Tage zurückzuziehen sich nicht veranlaßt gesehen hat.

Angesichts dieser Sachlage protestiert die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages auf das Entschiedenste gegen

die empörende Behandlung,

die der Reichskanzler von Papen den bewährten Männern hat zuteil werden lassen, die, getragen vom Vertrauen der Zentrumsfraktion, ihr hohes Amt übernommen und eine lange Reihe von Jahren hindurch unter schwersten Verhältnissen in gewissenhafter Pflichterfüllung gegenüber Volk, Staat und Reich verwaltet haben.

Dem Preußischen Landtage ist keine Gelegenheit gegeben worden, sich schützend vor die verfassungsmäßigen Rechte des Landes Preußen zu stellen. Die Zentrumsfraktion wünscht indes keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sie gewillt ist, nach dem Wiederzusammentritt des Landtages alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu erschöpfen, um ihrer vorstehend dargelegten Auffassung Geltung zu verschaffen.“

Gedenkfeiern, Trachtenfeste

und sonstige Veranstaltungen, die der Förderung künstlerischer, kultureller oder heimatlicher (!) Zwecke dienen, wenn sie von Körperschaften oder von Vereinigungen unpolitischer Art veranstaltet werden. Jedoch sind auch diese Veranstaltungen 48 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde anzumelden und

können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist.

Für Veranstaltungen, die am Sonntag, dem 24. Juli 1932 stattfinden sollen und für die daher die 48stündige Anmeldefrist nicht mehr eingehalten werden kann, hat der Reichsminister des Innern den Landesregierungen empfohlen, aus der Nichteinhaltung der Anmeldefrist keinen Anlaß zu nehmen, die Veranstaltungen, die gerade für diesen Tag an verschiedenen Orten geplant sind, nicht zuzulassen. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen hat der Reichsminister des Innern ferner mitgeteilt, daß gewöhnliche Leichenbegängnisse, hergebrachte Hochzeitszüge, kirchliche Prozessionen, Bittgänge, Wallfahrten und überhaupt Veranstaltungen gottesdienstlicher Art nicht unter das Demonstrationsverbot fallen, weil sie nicht als Versammlungen oder Aufzüge im Sinne der hier in Betracht kommenden Vorschriften anzusehen sind. Das gleiche gilt von

sogenannten geländesportlichen Übungen, sofern sie nicht demonstrativen Charakter tragen.

„Nieder mit der Regierung! Heraus mit den politischen Gefangenen!“

Mit diesen Rufen demonstrierten am Freitag in Berlin Kommunisten in der Gegend des Alexanderplatzes. Ein Ueberfallkommando zerstreute die Rufen und nahm einige mit.

Heimannsberg und Carlbergh aus der Haft entlassen.

h Berlin, 22. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt, daß die gegen Heimannsberg und Carlbergh erhobenen Anschuldigungen, der Polizeimajor Encke hätte im Einvernehmen mit ihnen einen gesetzwidrigen Versuch zur Wiedereinsetzung von Heimannsberg unternommen,

nicht aufrechterhalten werden können.

Heimannsberg und Carlbergh wurden daraufhin aus der Haft entlassen. Gegen Encke wird eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden; er bleibt vorläufig in Haft.

Hessen gibt seiner Sorge Ausdruck.

Die hessische Regierung hat am Freitag dem Reichskanzler auf seine Mitteilung der Vorgänge vom 20. Juli in Preußen geantwortet, daß der hessische Staatspräsident bereits in der Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder am 11. Juli die stärksten Bedenken gegen derartige Eingriffe des Reichs angemeldet habe. Es heißt dann weiter: „Das hessische Gesamtministerium hält sich für verpflichtet, heute nachdrücklich abermals der großen Sorge Ausdruck zu geben, daß in der durch die jüngsten Notverordnungen des Reichs geschaffenen politischen Lage die in der Reichsverfassung gewährleisteten Lebensrechte der Länder gefährdet werden könnten. Zugleich bekundet die hessische Regierung ihr Einvernehmen mit der übereinstimmenden Haltung der anderen süddeutschen Landesregierungen in dieser Frage.“

Auch Württemberg protestiert.

Das Schreiben der württembergischen Regierung an Reichspräsident und Reichskanzler lautet:

„Die Notverordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen ist von größter Tragweite für alle Länder, da deren Selbständigkeit die Grundlage des deutschen Verfassungslebens bildet. Da der Streit darüber, ob die Notverordnung in dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage hat, nach Artikel 19 der Reichsverfassung von dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches entschieden wird, so kann die württembergische Staatsregierung davon absehen, die von anderen Ländern bereits geltend gemachten und von ihr geteilten verfassungsrechtlichen Bedenken zu wiederholen.“

Sie kann sich darauf beschränken, ihre politische Besorgnis auszusprechen.

Unsere Besorgnis gilt der Auswirkung der Maßregeln in der Zukunft. Sie schaffen einen Vorgang, der auch die übrigen Länder der Gefahr ähnlicher Eingriffe in ihre verfassungsmäßigen Rechte aussetzt. Gerade in Württemberg, wo das Eigenleben des Staates mit Zähigkeit verteidigt wird, würde eine solche Entwicklung besonders schwer getragen werden.“

Papens Antwort an Kerri.

Nach Erfüllung der von Kerri vorgetragenen Naziwünsche, die einen Eingriff in die preußische Polizei verlangten, erstattet Papen in einem Antwortschreiben an Kerri Rückmeldung. Die Reichsregierung habe selber mit wachsender Besorgnis die Frage geprüft. . . . Er habe darum dem Herrn Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung vorgeschlagen, die inzwischen erlassen und im Reichsgesetzblatt vom 20. Juli 1932 veröffentlicht worden sei. Er erlaube sich, den Herrn Landtagspräsidenten auf diese Verordnung zu verweisen, die hoffentlich „zur baldigen völligen Wiederherstellung geordneter Zustände in Preußen“ führen werde.

„Ruhe im Reich und in der Reichshauptstadt“ eine Zeitungsüberschrift vom Sonnabend, die Bände spricht!

67 Personen sind im Zusammenhang mit den SA-Provokationen in Altona in Haft genommen worden.

Ein notwendiges offenes Wort.

Wissenswerte Aufklärungen über die Schupo.

Unter diesem in echter altpreußischer Gesinnungstüchtigkeit „ausgedachten“ Titel bringt Herr Polizeimajor a. D. Eldor Borek, M. d. L., und zwar der deutschnationalen Fraktion angehörend, einen kleinen, dafür aber um so interessanteren Beitrag zu der alten Preisfrage, wie weit die Preußische Polizei insbesondere der Offizierskörper dieser Institution, aus Republikanern oder wenigstens republikfreundlichen Menschen bestehe.

Das Herr Borek über die Verhältnisse in der preußischen Schupo genau Bescheid weiß, glauben wir ihm. Wir halten es sogar für gut möglich, daß er darüber besser Bescheid weiß, als ihr bisheriger Chef. Auch Noske wußte 1920 von der Reichswehr nur das, was ihm General von Lutwitz erzählte, und das war herzlich wenig und meistens falsch.

Herr Borek schreibt also unter anderem:

„So wurden häufig Polizeikräfte in unnötiger Stärke eingesetzt, wenn Rechtsverbände irgendwo aufmarschierten und solch Polizeiaufgebot reizte dann selbstverständlich die Teilnehmer derartiger Veranstaltungen. Den unnötig erscheinenden Anweisungen wurde, teils halb unbewußt, ein passiver Widerstand entgegengesetzt, der dem leitenden Polizeioffizier zum scharfen Durchgreifen Anlaß gab. Der Polizei selbst ist solch Zufassen oft sehr unangenehm. Sie befindet sich dabei nur allzu häufig in Konflikt zwischen Sympathie und Erfüllung des ihr befohlenen Dienstes. Gerade die Nationalsozialisten sehen aber infolge der ganzen heftigen Propaganda in ihrer Partei die Polizei lediglich als Büttel des Systems an und empfinden ein Einschreiten gegen sie oft als eine Provokation einzelner Polizeioffiziere, ohne sich vielleicht darüber klar zu sein, wie schwer sie den leitenden Offizieren den Dienst machen.“

Wie leicht dabei ungerechte Männer, die es schon schwer genug haben, heute noch einer Systemregierung gehorchen zu müssen, angegriffen werden, zeigt der nationalsozialistische Antrag im Landtag, der eine Bestrafung der „schuldigen“ Polizeioffiziere wünscht, die seinerzeit bei dem Aufziehen der Skagerrak-Wache das Kommando führten und gegen die Demonstranten vorgingen. Unter den namentlich aufgeführten Offizieren befinden sich solche mit bester altpreußischer Offizierstradition und Pflichtauffassung, die jetzt schwer darunter leiden, daß sie von nationaler Seite diffamiert wurden, während sie von links schon jahrelang Zurücksetzungen erleben mußten.

Eine ganz schlimme Entgleisung stellt schließlich ein nationalsozialistischer Antrag dar, der dem Polizeikommandeur von Frankfurt am Main, dem Oberst Dr. Léon „nationale Würdelosigkeit“ vorwirft, weil dieser den ihm von seinem Polizeipräsidenten gegebenen Auftrag ausführte, gegen eine verbotene nationalsozialistische Demonstration einzuschreiten. Oberst Léon, den man in dem Antrag auch fälschlich unterstellt, daß er Zentrumsmann sei, ist der besten einer unter den höheren Polizeioffizieren. Seine nationale Einstellung und sein alter Offiziersstandpunkt — er ist alter Generalstabs — haben ihm in dem heutigen System so manche Feindschaften der Linken eingetragen. Seine erst kürzlich nach Frankfurt erfolgte Versetzung war notwendig, weil in seinem alten Standort die SPD seine Aberufung verlangte. Die schwere Beschimpfung eines solchen aufrechten, nationalen Mannes in einer Landtagsdrucksache geht zu weit. Ich fühle mich daher zu diesen Zeilen zum Schutz meines alten Kameraden veranlaßt; weil z. B. die bisherige preußische Regierung sich sicher nicht allzu große Mühe geben wird, den heute noch immer in seiner Gesinnung königlich-preußischen Oberst zu schützen.“

Hier schreibt also endlich einmal einer offen, wie es in der Schupo aussieht; denn wenn ein Deutschnationaler einen Schupomann gegen einen Nationalsozialisten in Schutz nimmt, und noch dazu in der „Berliner Börsen-Zeitung“, dann ist dieser Schupomann gewiß gut deutsch allewege.

Wir fürchten — wenn auch nicht erst seit heute und gestern —, daß Severing nicht nur in seiner Haltung zum Sozialismus, sondern auch in seinem äußeren Schicksal noch eine ebenso bejammernswerte Rolle spielen wird wie sein Parteifreund Noske. Wir sind weit davon entfernt, dies mit Freude zu registrieren; denn das Manko dieser Fälle, die ja längst nicht die einzigen sind, belastet den Kredit einer aufwärtstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft bis an den Hand des Bankrotts.

Severing und seine Freunde zu überzeugen, haben wir seit langem aufgegeben — wir stellen aber seinen Anhängern und heutigen Freunden diese Ausführungen des Herrn Borek vor Augen zum Beweis dessen, daß man für den Sozialismus andere Kräfte braucht als zum Beispiel äußerlich höfliche Polizeioffiziere.

Ein vernichtendes Urteil über den Großgrundbesitz.

Im Jahre 1931 wurden im Deutschen Reich nach „Wirtschaft und Statistik“ mehr als 19 500 Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke eingeleitet. Die von der Einleitung der Zwangsversteigerung betroffene Fläche beläuft sich auf mehr als 422 400 Hektar oder rund 1,2 Prozent der im Jahre 1925 gezählten Gesamtläche land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke. — Im Vorjahr wurden rund 15 400 Zwangsversteigerungen über eine Fläche von 254 000 Hektar eingeleitet.

Die eingeleiteten Zwangsversteigerungen verteilen sich auf die einzelnen Wirtschaftsgebiete folgendermaßen:

Wirtschaftsgebiete	Anzahl	Fläche Hektar	in % der Gesamtfläche
Ostpreußen	1 581	89 928	2,58
Berlin und Brandenburg	1 844	55 410	1,52
Pommern, Posen-Westpreußen	1 182	75 261	2,11
Schlesien	1 864	51 948	1,52
Sachsen u. Mitteldeutschland	2 824	39 474	0,82
Mecklenburg	636	48 121	3,41
Schleswig-Holstein	871	14 017	0,98
Niedersachsen	2 097	25 151	0,54
Rheinland und Westfalen	2 071	10 245	0,32
Hessen	2 745	6 501	0,31
Oberrheinland	765	3 051	0,24
Württemberg u. Hohenzollern	1 066	3 383	0,18
Deutsches Reich	19 546	422 490	1,21

Den höchsten Anteil an der Gesamtfläche der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke erreichte also die von der Einleitung der Zwangsversteigerungen betroffene Fläche im Jahre 1931 in Mecklenburg mit 3,41 Prozent. Es folgen Ostpreußen mit 2,58 Prozent, Pommern und die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 2,11 Prozent, Berlin und Brandenburg sowie Schlesien mit je 1,52 Prozent. Hohe Anteile wurden auch für Schleswig-Holstein sowie für Sachsen und Mitteldeutschland ermittelt, also zum größten Teil für Wirtschaftsgebiete rechts der Elbe. Württemberg nimmt infolge seiner gesunden Mischung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und verarbeitender Industrie, wie fast stets bei Vergleichen, eine Sonderstellung ein.

Die Einleitung einer Zwangsversteigerung braucht nicht immer ihre Durchführung zur Folge zu haben; häufig wird ein Verfahren eingeleitet, um einen Druck auf den Schuldner auszuüben, oder es folgt ihr ein Vergleich, wenn auf ein ausreichendes Ergebnis der Versteigerung nicht zu rechnen ist.

Wir bringen daher im folgenden auch einige Angaben über die 1931 durchgeführten Zwangsversteigerungen. Es handelt sich um 5765 Verfahren.

Die im Jahre 1931 im Deutschen Reich durchgeführten Zwangsversteigerungen belaufen sich auf 5765 Verfahren mit einer Gesamtfläche von 176 662 Hektar.

Der größte Teil der zwangsversteigerten Fläche entfällt mit 50 739 Hektar oder 29 Prozent der insgesamt versteigerten Fläche auf Ostpreußen, wovon 77 Prozent (39 216 Hektar) zu Großgrundstücken von mehr als 100 Hektar gehören.

Besonders hoch ist die versteigerte Fläche auch in Pommern und in der Grenzmark Posen-Westpreußen sowie in Mecklenburg; in diesen Gebieten sind ebenfalls vornehmlich Großgrundstücke zur Versteigerung gelangt.

Der Preis, den die Steigerer tatsächlich für die ersteigerten Güter bezahlen müssen, setzt sich zusammen aus dem Preis, zu dem in der Versteigerung der Zuschlag erteilt wird, und den bei der Versteigerung ausfallenden eigenen Forderungen der Steigerer. Dieser „Effektivpreis“ auf den Hektar gerechnet war allenthalben fast durchweg umso niedriger, je größer die zwangsversteigerten Grundstücke waren.

Die bei den Zwangsversteigerungen im Jahre 1931 ausgefallenen Forderungen (Belastung abzüglich des Effektivpreises) betragen insgesamt rund 59 Millionen Mark (rund 27 Prozent der Gesamtbelastung). In den einzelnen Größenklassen fielen aus bei Grundstücken mit einer Fläche

unter 2 Hektar	4 397 000 Mark
von 2 bis 5 Hektar	2 092 000 „
„ 5 „ 20 „	8 928 000 „
„ 20 „ 50 „	6 847 000 „
„ 50 „ 100 „	6 236 000 „
„ 100 „ 200 „	8 814 000 „
„ 200 Hektar und mehr	21 411 000 „

Die Statistik für das Jahr 1932 wird vermutlich ganz anders aussehen; denn auf Grund von Notverordnungen werden vielfach die Zwangsversteigerungen ausgesetzt; umso lehrreicher ist es, daß nach der Statistik für 1931 den Gläubigern von Betrieben mit mehr als 100 Hektar in Deutschland bei Zwangsversteigerungen über 30 Millionen Mark verloren gingen, den Gläubigern kleinerer Betriebe jedoch insgesamt nur rund 29 Millionen Mark.

Obgleich die Großbetriebe bekanntlich in Deutschland etwa 20 Prozent der Fläche ausmachen, entfällt auf sie mehr als 50 Prozent des Verlustes der Gläubiger.

H. H.

Ein Schuß auf den Reichsbankpräsidenten kostet 10 Monate Gefängnis.

Der Oberstaatsanwalt hatte gegen die Attentäter auf Dr. Luther beantragt: gegen Roosen drei Jahre Gefängnis, gegen Kertscher zwei Jahre drei Monate Gefängnis.

Der Vertreter Dr. Luthers schloß sich ihm in der Begründung an und führte aus, wie wenig nötig gewesen wäre, und der aus nächster Nähe mit einer ziemlich großkalibrigen Waffe abgegebene Schuß hätte eine schwere Verwundung oder gar den Tod Luthers zur Folge gehabt. Er wandte sich noch einmal gegen das „narrische und unwürdige Auftreten“ des Hauptangeklagten vor Gericht und gegen seine Versuche, die Rolle des Anklägers zu übernehmen. Er unterstrich — wir finden: unnötiger Weise —, daß Dr. Luther unbedingt die Vorbildung für sein Amt als Reichsbankpräsident besitze, wenn er auch nicht als Banklehrling seine Ausbildung begonnen habe, außerdem spreche Dr. Luther fließend französisch und englisch und habe bei den internationalen Verhandlungen keinen Dolmetscher nötig.

Die Verteidiger beschäftigten sich zunächst mit den in der Anklage behaupteten Vergehen gegen das Schußwaffengesetz und die Notverordnung des Reichspräsidenten. Man möchte nur wünschen, daß bei Prozessen gegen Linksstehende diese Gesetze eine ebenso harmlose Auslegung finden, wie sie Rechtsanwalt Jolenberg als gerichtsblich behauptete.

Rechtsanwalt Klee machte für die Angeklagten und die Beurteilung ihrer Tat geltend, daß es sich um einen Fall handle, auf den der vom Reichsgericht anlässlich des Kampfes um den § 218 neu geprägte

Begriff eines „übergesetzlichen Notstandes“ Anwendung finden müsse!

Dr. Liebes griff die Geldpolitik der Reichsbank noch einmal an und führte als Beweis ein Rundschreiben der Reichsbank selber an, in dem sie ausführt, die Nöte der Bankenkrise hätten zu einer etwas laxeren Handhabung des Bankgesetzes gezwungen, dies höre von nun ab auf und die Bank-

gesetze müßten wieder die schärfste Auslegung finden. Diese Beweisführung aus dem Munde des Verteidigers eines Mannes, der ein System befürwortet, nach dem gerade die strikte Einhaltung der Deckungsvorschriften durchbrochen werden soll, wirkt immerhin eigenartig.

Das Tollste sind aber die Gründe, mit denen Dr. Jaffe die Freisprechung der Angeklagten forderte. Nach diesem Anwalt des Rechts liegt nicht nur ein „übergesetzlicher Notstand“ vor, sondern

die Täter haben geradezu in einer berechtigten Notwehr gehandelt.

Er bezog sich dabei ebenfalls auf Ausführungen des Reichsgerichts, die anlässlich eines Femprozesses gemacht wurden! Danach hat der Staatsbürger das Recht der Notwehr, wenn er der Überzeugung ist, daß dadurch eine Gefahr für Volk oder Staat abgewehrt werde. Die Angeklagten hätten aus durchaus edlen, patriotischen Motiven heraus gehandelt. — Man wird sich durch solche Beweisführungen immerhin nicht ganz unbekannter deutscher Rechtsanwälte für gegebene Fälle merken müssen! — Im übrigen liege nicht gefährliche Körperverletzung, sondern höchstens Sachbeschädigung vor, da nur der Rockärmel des Reichsbankpräsidenten beschädigt worden sei, allenfalls könne man noch von Fahrlässigkeit der Angeklagten sprechen, da sie nicht genügend bedacht hätten, daß die Sache eventuell auch anders ausgehen konnte, als sie ursprünglich planten. Sachbeschädigung und Fahrlässigkeit könnten jedoch nur verfolgt werden, wenn ein diesbezüglicher Strafantrag vorliegt; da dies nicht der Fall sei, müsse auf Freisprechung erkannt werden.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht im Namen des Volkes folgendes Urteil: Roosen 10 Monate Gefängnis, Kertscher 9 Monate und 2 Wochen Gefängnis. Die Untersuchungshaft von 3 Monaten und einigen Tagen wird den Angeklagten voll angerechnet, der Haftbefehl sofort ausgesetzt.

R. H.

Schüsse auf die Währung.

Die Schüsse auf den Reichsbankpräsidenten waren gedacht als Schüsse auf die Währung. Darum haben wir über den Prozeß verhältnismäßig ausführlich berichtet.

Die deutsche Währung ist wirklich bedroht. — nicht allein durch jenen Schuß auf dem Potsdamer Bahnhof! Aber er ist doch ein böses Vorzeichen. Inmitten eines von volkswirtschaftlichen Nichtwissern verhetzten Volkes wird es nicht leicht sein, die bisherige Währung aufrecht zu erhalten. Roosen sagte im Prozeß: Ein Dilettant widerlege den anderen. Mag sein! Aber sie alle zusammen untergraben die Möglichkeit, weiterhin eine einigermaßen feste Währungspolitik in Deutschland zu treiben.

Wenn Deutschland eine zweite Inflation erlebt, so sind daran schuldig alle jene Währungsdilettanten von Herrn Feder über die deutschnationalen Binnebank-Agitatoren bis zu den links stehenden Freigeld-Anhängern. Sie haben von sich aus alles dazu getan, um abzulenken von dem Kern des Übels, der Ursache von Ausbeutung und Krise. Sie haben einen wichtigen Teil der ideologischen Vorbereitung dafür geleistet, daß weiterhin nichts gegen die Ursachen der Krise

geschieht, daß vielmehr — entsprechend der dem Laien sich aufräugenden Ansicht, es fehle an Geld — an der Währung noch weit mehr gepuscht wird als bisher. Solche neuen Schüsse auf die Währung müßte das deutsche Volk weit teurer bezahlen als mit zehn Monaten Gefängnis. Wir warnen!

Wer Schüsse gegen die Währung abwehren will, der benutze als Rüstzeug die kurze Schrift von Helene Beyer: „Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?“ (Vergleiche die Anzeige.) Rpt.

ENGLAND

Kauft Kohle! Die Verbände der englischen Zechenbesitzer, Kohlenhändler und Kohlenexporteure haben einen Propaganda-ausschuß gebildet, der sich ausdenken soll, wie man durch Propaganda die Verwendung von Kohle in Fabriken und Privathaushaltungen steigern kann. Wahrscheinlich werden die Kosten für diese Propaganda auf das Produkt umgelegt. — Senkung der Kohlenpreise wäre der bessere Weg, um den Kohlenverbrauch zu steigern!

Streitlustige Agrarpolitiker überall! Zollkrieg Belgien—Frankreich?

Der Zollvertrag von Ouchy hat Belgien, Luxemburg und Holland handelspolitisch aneinander gerückt. Belgien ist damit gleichzeitig von Frankreich handelspolitisch abgerückt. Die französische Schutzzoll- und Kontingentierungspolitik löste in Belgien schon seit längerer Zeit um so größeren Unwillen aus, als man in Belgien glaubte, infolge der freundschaftlichen politischen Bindungen besonderes wirtschaftspolitisches Entgegenkommen von Frankreich erwarten zu dürfen. Die Enttäuschung darüber, daß dieses besondere Entgegenkommen ausblieb, hat der französische Botschafter in Belgien erst kürzlich, gelegentlich eines Besuches, vom Präsidenten der Handelskammer von La Louvière mit ziemlich scharfen Worten gehört.

Während der letztvergangenen Wochen ist die Spannung zwischen Belgien und Frankreich gestiegen. Der französischen Regierung wird zum Beispiel vorgeworfen, sie habe eine Verordnung über Kontingentierung der Einfuhr von belgischem Flach- und Tafelglas erlassen in einem Augenblick, als die betreffenden Produzenten in Belgien und Frankreich sich bereits grundsätzlich über die Einfuhr geeinigt hatten. Besonders scharf protestieren die Belgier aber gegen die Drosselung der französischen Agrareinfuhr. Sie haben dazu auch einigen Anlaß!

Die Einfuhr von frischen Früchten nach Frankreich, die beispielsweise Juli 1931 147 000 Doppelzentner betrug, würde für die gleiche Periode 1932 auf 55 000 Doppelzentner kontingentiert. Während im Juli 1931 84 000 Doppelzentner Frischgemüse nach Frankreich eingeführt wurden, sind für Juli 1932 nur noch 15 000 Doppelzentner zugelassen. Die Anwendungsbestimmungen erscheinen besonders hart, da Einfuhr nur noch auf Eisenbahnen oder dem Schiffsfahrweg zugelassen ist, während der Transport durch Lastkraftwagen, der sehr ausgedehnt war, untersagt wird.

Die Zölle für Pferde, die bisher je nach Alter 200, 420 und 630 Francs betragen, werden einheitlich auf 2000 Francs heraufgesetzt. Durch diesen Zoll wird die Ausfuhr belgischer Pferde nach Frankreich, die sich 1931 wertmäßig noch auf etwa 100 Millionen Francs belief, zur Unmöglichkeit.

Nachdem ein offener Brief des Präsidenten der belgischen Vereinigung für den Freihandel und Professors an der Brüsseler Universität, De Leener, an Herriot ohne Widerhall geblieben ist, wird nunmehr von allen Seiten in Belgien offen zu Vergeltungsmaßnahmen aufgefordert.

Wie wir hören, wird zunächst eine scharfe Kontingentierung der Einfuhr von Früchten, wie Trauben, Pflirsichen und Aprikosen, aus Frankreich geplant. Die belgische Regierung hat Frankreich von den geplanten Maßnahmen in Kenntnis gesetzt und um Eröffnung von Verhandlungen ersucht. Für den Fall des Scheiterns dieser Besprechungen soll die Einfuhr von Wein und vor allem Schaumwein kontingentiert werden.

Kurz: es steht ein offener Zollkrieg zwischen Belgien und Frankreich in Aussicht.

H. H.

Nazi- und Deutschnationale gegen Bauern.

Oldenburg ist bekanntlich ein Land der Viehzucht. Die dortigen Bauern kaufen viel Futtergetreide zu. Im Oldenburgischen Landtag wurde zu ihren Gunsten ein Antrag eingebracht, die Staatsregierung möge sich für die Herabsetzung des Gerstezolls, für Abgabe von billigeren Gerste an die Schweinehalter und die Abgabe von billigem Weizen an die Hühnerhalter bei der Reichsregierung verwenden.

Dieser bauernfreundliche Antrag wurde von der durch Deutschnationale und Nationalsozialisten gebildeten Mehrheit des Landtages abgelehnt.

USA

Fehlbetrag im Bundeshaushalt: Das am 30. Juni beendete Rechnungsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 2385 Millionen Dollar ab (12,3 Milliarden Mark). Die Einkünfte gingen von 3312 Millionen auf 2121 Millionen Dollar zurück, während die Ausgaben von 4220 Millionen Dollar auf 5006 Millionen Dollar anwachsen. — Der Fehlbetrag war um 762 Millionen Dollar größer, als ihn der Schatzsekretär bei der Vorlegung seines Jahresberichts im Dezember vorigen Jahres geschätzt hatte; das liegt in der Hauptsache an Aufwendungen für die Reconstruction Finance Corporation (Wiederaufbau-Gesellschaft).

Die öffentliche Schuld der USA erhöhte sich während des eben zu Ende gegangenen Rechnungsjahres um 2,7 Milliarden Dollar auf 19,5 Milliarden Dollar. Sie kommt damit ihrem Höchststand von Ende August 1919 mit 26,6 Milliarden Dollar immer näher.

Zinsen für die öffentliche Schuld: Trotz der starken Zunahme der Schulden ist die Summe der jährlichen Zinsen gesunken von 612 Millionen Mark auf 599 Millionen Mark. — Eine Folge des stark gesunkenen Zinssatzes!

DEUTSCHLAND

Steinkohlenförderung:

	Juni 1931	Mai 1932	Juni 1932
Millionen Tonnen			
Ruhrbezirk	6,9	5,6	5,8
Oberschlesien	1,3	1,1	1,2

Beschäftigte Arbeiter

Ruhrgebiet	252 000	201 000	200 000
Oberschlesien	44 000	37 000	36 000

Die Steigerung der Menge kommt nur daher, daß im Juni mehr Arbeitstage als im Mai waren; auf den Arbeitstag gerechnet, ist die Förderung zurückgegangen.

Braunkohlenförderung:

	Juni 1931	Mai 1932	Juni 1932
Millionen Tonnen			

Rohkohlenförderung:			
Mitteldeutschland	7,9	5,8	6,7
Rheinland	3,7	3,1	3,3

Brikettherstellung:			
Mitteldeutschland	2,2	1,5	2,0
Rheinland	0,9	0,9	0,8